STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210820MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M., zurzeitlich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 386. Sonnabend, den 20. August 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

England, Frankreich und wir.

Wie nach jeder der bisherigen Konferenzen des Obersten Rates haben die beteiligten Staatsmänner in besonderen Reden und Interviews ihre Haltung nochmals begründet und ihren Standpunkt präzisiert. Die Erklärungen von Lloyd George im Unterhaus und die darauf erfolgte Erwiderung Briands enthalten zwar im Grunde genommen nichts Neues, aber es kann indessen der Welt nichts schaden, wenn sie infolge dieser neuen Kundgebungen noch besser weiß als bisher, woran sie ist.

Beide Ministerpräsidenten spiegeln die Stimmung ihres jeweiligen Landes Deutschland gegenüber getreu wider, das heißt die Stimmung der Parlamente, vor denen sie verantwortlich sind. Das englische Unterhaus wurde Ende Dezember 1918 in einer Zeit höchster Nachkriegspsychose gewählt und ist auch dementsprechend zusammengesetzt. Und doch hat sich die Wandlung in der Stimmung des britischen Volkes bereits so stark fühlbar gemacht, daß Lloyd George im vollen Einverständnis mit seinem Parlament eine ganz andere Politik betreibt, als die, die er damals, bei den Kakiwahlen, empfohlen hatte. Es zeigt sich, daß der nüchterne Sinn des britischen Volkes sehr rasch zu einer vernünftigen Betrachtung der Probleme der Nachkriegszeit gelangt ist, nicht nur Deutschland, sondern auch den eigenen Bundesgenossen gegenüber. Man ist eben in England des Kriegsrummels, des Säbelrasselns überdrüssig, man will wieder und möglichst bald seinen Friedensgeschäften nachgehen und man verfolgt daher mißmutig und mißtrauisch die raufsüchtige Politik Polens, ebenso wie die nörglerische Politik Frankreichs. Würde Lloyd George den Versuch unternehmen, die auswärtigen Geschäfte seines Landes auf der Grundlage seiner eigenen Wahlparolen vom Dezember 1918 zu betreiben, dann ginge er einer Wahlkatastrophe sondergleichen entgegen. So aber hat er es tatsächlich erreicht, daß seine Stellung in England gefestigter denn je ist, und wenn er morgen, zu dem von ihm selbst gewählten Zeitpunkt, allgemeine Neuwahlen ausschreiben läßt, dann dürfte er wiederum eine beträchtliche Koalitionsmehrheit erzielen. Die linksliberale Opposition hat er dadurch am wirksamsten entwaffnet, daß er allmählich dazu übergegangen ist, linksliberale Politik zu treiben, und selbst die sozialistische Arbeiterpartei wird ihm gegenüber einen schweren Stand haben, weil er ihr auf manchem wichtigen Gebiet entgegengekommen ist. Die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erfassen, den Stier bei den Hörnern zu packen, das ist das Geheimnis der Politik Lloyd Georges, wie überhaupt das Geheimnis der Macht der englischen Bourgeoisie.

Die jetzige französische Kammer ist zwar fast ein Jahr später als das jetzige Unterhaus gewählt worden — zu einer Zeit, in der diese Wandlung der englischen öffentlichen Meinung bereits in vollem Gange war — aber sie weist womöglich noch stärker alle Symptome der Nachkriegspsychose auf. Nach einigen schwachen Versuchen, sich der Vormundschaft des nationalen Blockes zu entledigen, ist Briand wieder in dessen Gefangenschaft geraten, und er muß daher, vielleicht gegen seine bessere Ueberzeugung, jene Politik des Mißtrauens, der Rachsucht, der Gewalt fortsetzen, die Clemenceau allen seinen Nachfolgern als Erbschaft hinterlassen hat, und die dadurch nicht um ein Haar sympathischer wird, daß er sie mit tönenden Redensarten von Gerechtigkeit, Großmut und dergleichen zu beschönigen sucht. Die Haltung Frankreichs auf der jüngsten Pariser Konferenz läßt sich nur dadurch erklären, daß sich der Geist seiner leitenden Staatsmänner seit 1918 kaum verändert hat, und es ist auch anzunehmen, daß eine solche Veränderung nicht eintreten wird, solange die Kammer des nationalen Blocks weiter die Politik Frankreichs bestimmt.

Dies hat sich nicht allein in der oberschlesischen Frage, sondern auch in der Frage der Aufhebung der Sanktionen gezeigt. Die offiziöse Pariser Presse wirft Deutschland Undankbarkeit und Unversöhnlichkeit vor, weil es die Tatsache nicht genügend beachtet habe, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen angeblich von Loucheur beantragt worden sei. Der „Temps“ und die anderen Blätter, die sich so entrüsten, halten uns für dümmer als wir sind. Erstens haben wir nicht vergessen, daß England schon lange vor Frankreich diese Aufhebung verlangt hatte und daß sich bisher lediglich Frankreich diesem Verlangen widersetzt, zweitens hat die Rede Loucheurs in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck gemacht und drittens läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Frankreich es gewesen ist, das die Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen mit sophistischen Argumenten von „Sicherheit“ und „Verfehlungen“ gefordert und durchgesetzt hat. Ebenso hat es sich der Abschaffung der militärischen Kontrolle widersetzt. Wir haben daher nicht den leisesten Grund, Frankreich gegenüber eine Dankbarkeit zu markieren, die wir nicht empfinden.

Um es rund herauszusprechen, empfinden wir ganz im Gegenteil die Haltung Frankreichs auf der Pariser Konferenz als die eines unversöhnlichen, gehässigen Gegners, und die jüngsten Erklärungen von Briand, Pariser Pressevertretern gegenüber sind ganz und gar nicht dazu angetan, uns „dankbarer“ zu stimmen. Es besteht leider 3 Jahre nach Kriegsende noch immer eine sehr breite Kluft zwischen Frankreich und Deutschland und diese Kluft erweitert sich automatisch in demselben Maße, wie sich die Annäherung Englands und Deutschlands vollzieht. Auch wir haben dabei ein volles Verständnis für die Gefühle des französischen Volkes, für seine Leiden, für seine Angst, ja sogar für sein Mißtrauen. Nur muß alles seine Grenzen haben. Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat seit der Revolution oft genug Beweise ihres ehrlichen Verständigungswillens gegeben, sie denkt aber nicht daran, auf Fußtritte mit Freundlichkeiten zu reagieren.

Die neuen Steuern.

Berlin, 19. August.

Das Reichsfinanzministerium hat der Berliner Presse am Freitag nachmittag die bisher ausgearbeiteten Steuergesetzentwürfe in Druck übergeben. Ausdrücklich wurde hierbei bemerkt, daß es sich bei diesen Entwürfen nicht um eine Steuerreform handle, sondern um Erweiterung der bisher bestehenden Steuern. Eine Steuerreform bedeutet eine Aenderung der Grundsätze in dem bisherigen Steuerwesen, wovon aber erst die Rede sein könne, wenn sich die Reichsregierung nicht nur die Steuerpläne des Finanzministeriums, sondern auch die des Wirtschaftsministeriums zu eigen machen würde. Kurz gesagt: wenn man auch in irgendeiner Form zur Erfassung der Sach- und Goldwerte überginge. In wesentlichen Abschnitten sind die Entwürfe des Reichsfinanzministeriums bereits in der Oeffentlichkeit bekannt. Es ist kein Geheimnis mehr, daß es sich um eine Erhöhung gewisser Zölle, um Erweiterung der Zündwarensteuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Umsatzwarensteuer, Verkehrssteuer, geringe Besitzsteuern usw. handelt. Insgesamt verschaffen diese Steuern dem Reich eine Einnahme, die nicht im geringsten für eine Deckung der Ausgaben und zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ausreichen. Der Trost, mit dem der Finanzminister die Oeffentlichkeit abspeisen will, ist der Hinweis, daß es sich bei den Entwürfen nicht um eine Steuerreform handelt. Wir müssen demgegenüber entschieden fordern, daß man die notwendige Steuerreform bald in Angriff nimmt und auf die Mitteilungen, die von fortwährenden „Erwägungen“ sprechen, endlich Verzicht leistet. Eine Gesundung der Reichsfinanzen und eine Durchführung unserer Reparationsverpflichtungen ist nur möglich durch weitgehende Steuern auf den Besitz. Solange das Reichsfinanzministerium diese Erkenntnis nicht zeigt, solange wird die Sozialdemokratie nicht in der Lage sein, über Einzelheiten des neuen Steuerprogramms zu beraten. Grundsätzlich fordern wir eine allgemeine Uebersicht über die Deckungsmöglichkeiten, die zur Balancierung des Etats führen. — Jede Beratung von Einzelsteuern muß vorher abgelehnt werden.

*

Die Verbrauchssteuern.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm gestern den Bericht des Unterausschusses über die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern entgegen. Entsprechend einer Regierungsvorlage wurde der Leuchtmittelsteuer, der Zündwarensteuer mit Streichung der Paragraphen 48 und 51 der Vorlage, sowie der Biersteuer und der Mineralwassersteuer zugestimmt. Die Tabaksteuervorlage wurde als Ganzes abgelehnt. Bezüglich der Steuersätze im einzelnen faßte der Ausschuß folgende Beschlüsse: Zigarren und Zigaretten sind bereits so stark belastet, daß eine weitere Erhöhung der Steuersätze nicht mehr tragbar erscheint. Mit Einfügung der neuen Steuerstufe für feingeschnittenen Tabak, der Festsetzung des Steuersatzes für Pfeifentabak, z. B. in Steuerstufe 7 auf 8 M pro Kilogramm, der Steuerstufe 10 auf 30 M pro Kilogramm und mit den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen für Kau- und Schnupftabak erklärte sich der Reparationsausschuß einverstanden. Sodann hörte der Reparationsausschuß den Bericht des Unterausschusses über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes. Er erteilte der Regierungsvorlage grundsätzlich seine Zustimmung. Gegen die Ermächtigung des Finanzministers zur Ermäßigung des Steuersatzes sprach man sich einmütig aus und beschloß folgende Fassung: Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, auf gemeinsames Verlangen von Reichskohlenrat und Reichsrat und nach Anhören des Reichswirtschaftsrates verpflichtet, den Steuersatz zu ermäßigen oder nach seiner Mäßigung wieder auf 30 % zu erhöhen.

Baldige Entscheidung?

Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der Völkerbund entschlossen ist, in der oberschlesischen Frage schnell zu entscheiden. Es sei wahrscheinlich, daß er keinerlei weitere Untersuchungen vornehmen, sondern seine Beschlüsse auf Grund der Dokumente, die ihm der Oberste Rat übermitteln werde, fassen werde. Ein weiterer Grund, der eine rasche Lösung erhoffen lasse, sei der, daß der Rat sich nur über die Frage des Industriebezirks auszusprechen habe. Er sei nicht berufen, sich über die Zuteilung der Gebiete auszusprechen, worüber man sich schon einigte. Der Völkerbundsrat werde also über das Gebiet, das zwischen der Briand- und Lloyd George-Linie liegt, zu urteilen haben.

Die Zeiten ändern sich.

Wir lesen im „Vorwärts“:

„Das Abendblatt des Herrn Wulle („jede Nummer ein politisches Ereignis“) hat den „Vorwärts“ zu einem Zitatenwettkampf herausgefordert, den es allerdings, wie wir schon festnagelten, selber mit einer Zitatenfälschung begonnen hat. Doch auch ohne das war diese Herausforderung eine grobe Unvorsichtigkeit. Denn sie nötigt uns, einiges von dem zu zitieren, was Herr Wulle selber in vergangenen Tagen geschrieben hat, noch ehe er als Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“ von Herrn Claß vor die Tür gesetzt worden war. Herr Wulle, dessen Brust heute dermaßen von Heldenmut geschwellt ist, daß er in jeder Nummer finstere Drohungen gegen die Republik und ihre Führer ausstößt, war nicht immer von solchem Kampfeseifer beseelt. Als die Revolution sich noch in einem für Herrn Wulle gefährlichen Stadium befand, da war er, wie man es in seinen Kreisen nennt, „klein und häßlich“. Am 16. November 1918 schrieb er in der „Deutschen Zeitung“:

„Helfen kann uns nur die befreiende schwarz-rot-goldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit.

Und mit schlotternden Knien schrieb er am 16. November 1918:

„Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unseretwegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben schwarz-rot-gold. (Judenfahne? Red. des „Vorwärts“.) Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Gedanken, denen damals allerdings die großen Taten fehlten. . . . Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben versinnbildlicht.“

Was meinen unsere lieben Deutschvölkischen zu dieser schwarz-rot-goldenen Begeisterung ihres hervorragenden Wortführers? Ein dreimaliges Hoch der menschlichen Vergeßlichkeit! — Aus unserem Leserkreis werden wir gefragt, ob Herr Wulle auch bei einer Sanitätshundkompagnie gewesen ist, wie sein Leidensgefährte von der „Tägl. Rundschau“. Wir müssen dem Neugierigen mitteilen, daß Herr Wulle es nicht einmal dazu gebracht hat, sondern Herr Reinhold Wulle (geb. 1. August 1882) hat den ganzen Krieg an seinem Schreibtisch im Hinterland verbracht. Er ist also der berufene Mann, über die „Erdolchung der Front von hinten“ genauestens zu urteilen.

Immer wieder die Schuldfrage.

Aus Stockholm meldet WTB.: Der frühere Reichskanzler Genosse Hermann Müller äußerte in einem Interview, es sei zwecklos, ständig an der Schuldfrage zu rühren. Wenn auch bedauerlicherweise die Franzosen und Belgier dem diesjährigen Kongreß der interparlamentarischen Union fernblieben, bestünde doch kein Zweifel, daß sie bald wieder an der Arbeit teilnehmen würden, zumal deutsche und französische Sozialisten bereits im März in Amsterdam eintrafen. Der frühere Reichsminister Genosse Köster lehnte ebenfalls das Ansinnen eines neuen deutschen Kriegsschuldbekenntnisses ab. Diese Frage gehöre nicht auf den internationalen Kongreß. Die Deutschen seien gern zur Debatte mit den Franzosen bereit, aber nur als Gleichberechtigte, die auch gewisse Fragen zu stellen haben.

Die Rußlandhilfe.

Berlin, 19. August.

Der Parteivorstand beschäftigte sich in einer Vorstandssitzung am Freitag unter anderm auch mit der Rußlandhilfe. Es wurde beschlossen, in dieser Frage solidarisch mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorzugehen. Eine Anregung von den Kommunisten, nach der ein proletarisches Hilfskomitee gebildet werden soll, lehnte der Parteivorstand, ebenso wie der ADGB. ab, da dieser Plan lediglich dem Zweck dient, kommunistische Interessen zu fördern. Die Partei richtet an ihre Mitglieder die Aufforderung, nur die Abmachungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Ein entsprechender Aufruf wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die englisch-irischen Verhandlungen.

Im Unterhause erklärte Lloyd George bei der Einbringung eines Vertagungsantrages, daß es wichtig sei, daß in Großbritannien, Irland und der Welt sich eine den Regierungsvorschlägen günstige Meinung herausbilde. So seien diese ausführlich in einem Brief an De Valera, der am 14. August veröffentlicht wurde, dargelegt worden. Falls die Bedingungen angenommen würden, so würden ihnen Verhandlungen folgen; die Ergebnisse würden dann in einem dem Parlament zu unterbreitendem Gesetze niedergelgt werden. Sollten die Bedingungen wider Erwarten abgelehnt werden, so werde die Regierung genötigt sein, nach der Befragung des Parlaments ihre Schritte zu ergreifen. Lloyd George schloß mit einer Aufforderung an die Sinnfeiner, lieber die Bedingungen anzunehmen, als einen neuen Streit zu entfachen.

Auch den 2. Vorsitzenden verloren hat die Reichstagsfraktion des Zentrums. Wie die „V. Z. am Mittag“ meldet, ist gestern vormittag der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstage, Abgeordneter Burlage, im Elisabethkrankenhaus gestorben.

Wilson für Abrüstung? Nach einer Meldung des „Eclair“ aus Washington dringt Senator King in Harding, Wilson zum Delegierten der amerikanischen Regierung für die Abrüstungskonferenz in Washington zu ernennen. Der Gesundheitszustand des früheren Präsidenten besserte sich bedeutend.

Ein guter Anfang. Wie „Le Peuple“ mitteilt, beschloß die Vereinigung der Seine-Syndikate, die intersyndikalistische Vereinigung der Schuhfabrikation, der Bekleidungsindustrie, der chemischen Industrie und aller Kriegsindustrien eine Organisation ins Leben zu rufen, die eine großzügige Propaganda gegen die Fabrikation aller für einen neuen Krieg bestimmten Dinge, vor allem von Munition unternehmen soll. Anschläge, Broschürenverteilung und Versammlungen im ganzen sind in Aussicht genommen.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Sabotage des Achtstundentages.

Die Firma J. F. Kolzen, Winterhude, Rehmstraße 4/6, Wäschereibetrieb, gehört anscheinend zu denjenigen, die die Revolution verschlafen haben. Aus dem Kundenkreis der Firma erhielten wir dieser Tage die Anfrage, ob dieser Betrieb ein Nachtbetrieb sei, da die Kutscher und Beifahrer genannter Firma des abends zwischen 9 und 10, sogar mitunter 10½ Uhr zur Kundschaft kommen, um Wäsche abzuliefern oder abzuholen.

Auf diese Anfrage möchten wir der Kundschaft öffentlich empfehlen, den Kutschern oder Beifahrern nur während der gesetzlichen Arbeitszeit Wäsche abzunehmen beziehungsweise mitzugeben, nach 5 Uhr nachmittags die Annahme sowie Mitgabe von Wäsche zu verweigern.

Sollte durch diese Maßnahme den Uebelständen nicht abgeholfen werden, so haben wir in Hamburg eine Reihe von Wäschereien, für die der gesetzliche achtstündige Arbeitstag maßgebend ist.

Auch dürfte es Aufgabe der Polizeibehörde sowie des Demobilmachungskommissars sein, ihr Augenmerk auf diese Firma zu richten. Nach unserer Ansicht ist es Pflicht der Behörde, gegen Uebertretungen der Gesetze einzuschreiten. Der Achtstundentag ist auch gesetzlich.

Des weiteren haben wir in Erfahrung gebracht, daß die Firma ihren Beifahrern — ganz gleich in welchem Alter dieselben stehen — einen Wochenlohn von 100 M., abzüglich Steuern, Kranken- und Invalidengeld, zahlt, während der Tarif für diese Arbeitnehmergruppe ganz andere Löhne vorsieht. Mit dieser Angelegenheit wird sich das Gewerbegericht beschäftigen.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Ortsverwaltung Hamburg.

Aus der Gehaltsbewegung der Versicherungsangestellten.

In den Reichstarifverhandlungen am 18. August 1921 in Berlin wurde vom Arbeitgeberverband für die privaten Versicherungsunternehmungen folgendes Angebot gemacht:

Für männliche Angestellte vom vollendeten 20. Lebensjahre an einen Zuschlag von 5 % zum Jahreseinkommen,
eine Erhöhung der Verheiratetenzulage auf 3000 M. pro Jahr
„ „ „ Kinderzulage „ 1000 „ „ „

Im übrigen lehnten die Arbeitgeber die Angestelltenforderungen nach einer einmaligen Beihilfe, nach monatlichen Teuerungszulagen in der bekanntgegebenen Höhe, sowie nach besonderen Ortszuschlägen für Hamburg, Berlin und das rheinisch-westfälische Industriegebiet ab. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen und die Schlichtungsstelle beim Reichsarbeitsministerium angerufen.

In einer Zusammenkunft der Vertrauensleute des Zentralverbandes der Angestellten am Sonnabend, 20. August, 2 Uhr nachmittags, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof, 1. Stock, wird das Reichsfachausschußmitglied, Kollege Stille, über die Verhandlungen Bericht erstatten und werden die weiteren Maßnahmen besprochen werden.

Deutsches Reich.

Die Berliner Holzindustriellen sperren aus.

Wegen Streiks eines Teiles der Berliner Holzarbeiter ordneten die Berliner Holzindustriellen die Stillegung sämtlicher Betriebe von heute ab an.

Gehaltsbewegung der Behördenangestellten.

Die Gehaltsverhältnisse der Angestellten in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches und der Länder sind durch einen Tarifvertrag geregelt, der in seinen Grundlagen sich eng an die Besoldungsordnungen der Reichs- und Staatsbeamten anschließt.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund — AfA-Bund —, in dem die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände zusammengeschlossen sind, ist bereits vor einiger Zeit an die Reichsregierung und an die preußische Staatsregierung herangetreten mit dem Antrag auf Herbeiführung von Verhandlungen über eine Aufbesserung der Einkünfte der Behördenangestellten.

Nachdem nunmehr auch die Gewerkschaften der Beamten und der Arbeiter ihre Forderungen an die Reichsregierung gestellt haben, ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter alsbald aufgenommen werden.

Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages.

Vom Reichsarbeitsministerium ist der Nachtrag zum Tarifvertrag vom 22. Dezember 1919 für die Rechtsanwalts- und die Notariatsangestellten im Amtsgerichtsbezirk Hamburg für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit gilt für alle Arbeitsverhältnisse, die am 1. Mai 1921 ungekündigt im Berufskreis bestanden haben. Alle Angestellten, die noch Ansprüche geltend zu machen haben, werden gebeten, sich an den Zentralverband der Angestellten, Hamburg, Besenbinderhof 57, V., zu wenden.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Helgoland und Groß-Hamburg.

Von der Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg wird uns geschrieben:

In einer Zuschrift an hamburgische und schleswig-holsteinische Blätter wird die Behauptung aufgestellt, daß in Hamburger Schiffahrts- und Wirtschaftskreisen erwogen werde, innerhalb der Groß-Hamburg-Frage eine Lösung der Schwierigkeiten zu suchen, die zwischen Helgoland, Preußen und dem Reich bestehen. Dazu sei bemerkt, daß jedenfalls in den Kreisen, die sich bisher mit dem Groß-Hamburg-Problem beschäftigt haben, diese Auffassung keineswegs besteht, und daß man in der Verknüpfung dieser Angelegenheit mit dem großhamburgischen Problem ein Abweichen von dem streng zu verfolgenden Grundsatz sehen würde, daß preußisches Gebiet für ein Groß-Hamburg nur insoweit erstrebt werden darf, als es durch wirtschaftliche Notwendigkeiten zwingend gefordert wird. Da das in bezug auf Helgoland selbstverständlich nicht behauptet werden kann, darf die Helgoland-Frage nicht zusammen mit großhamburgischen Wünschen, die ebenso sehr im Interesse des Reiches als in dem des Vierstädtegebietes an der Unterelbe erhoben werden, besprochen und gelöst werden.

Theater und Musik.

Carl Schultze-Theater. Das langjährige Mitglied dieser Bühne, der Komiker Curt Lilien, verabschiedete sich am Donnerstag in der Operette „Die Postmeisterin“ vom hiesigen Publikum. In den 14 Jahren seiner hiesigen Tätigkeit erfreute er sich seines lebhaften Spiels und seiner glänzenden Situationskomik wegen von Jahr zu Jahr wachsender Beliebtheit. Er war in allen Sätteln gerecht. Ob es sich darum handelte, eine moderne Gesangsposse oder eine klassische Operette zum Siege zu steuern, stets gebührte ihm ein nicht geringer Anteil am Erfolg. Selbst die gewagtesten Kalauer brachte er mit einer so selbstverständlichen Frechdachsigkeit, daß ihm niemand gram sein konnte. Aus der Unzahl der Rollen, die er in dieser langen Zeit spielte, möchten wir als besonders wechselerschütternde Glanzleistungen hervorheben seinen Fürsten Ottokar im „Walzertraum“ und seinen Chinamann in der „Geisha“. Seine grotesken Tänze waren manchmal wahre Akrobatenleistungen. — Das ausverkaufte Haus brachte seinen Dank in großen Ovationen dar und überschüttete ihn am Schluß des zweiten Aktes mit einer Fülle von Blumenspenden und beruhigte sich erst, als der Künstler einige Worte des Dankes an das Publikum richtete. Der Weggang Curt Liliens bedeutet für Hamburgs Operettenbühne einen Verlust, der nicht so leicht zu ersetzen sein dürfte.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Kleine Notizen. Die prämiierten Entwürfe des Wettbewerbs für ein Heldendankmal sind von Sonnabend, 20. dieses Monats, an in dem Schaufenster der Firma Joost, Ecke Hermann- und Paulstraße, ausgestellt.

Bücher und Schriften.

Paulis „Kunst und Revolution“.

Aus einem Vortrag unseres Kunsthallendirektors Gustav Pauli ist ein kleines, aber kluges und gehaltvolles Büchlein geworden (Verlag Bruno Cassirer, Berlin), das von historisch rückschauender Betrachtung zur aufklärender Vergleichung mit der Gegenwart und zu bessernden Forderungen für die Zukunft fortschreitet. Mit der aus neuester Kunst gewonnenen Erkenntnis, Kunst sei nicht dargestellte Natur, sondern dargestelltes Gefühl, Offenbarung eines Seelenzustandes, ist schon gegeben, daß sie auch Wahrsager ihrer Zeit und ihres Zeitgeistes sei, der schaffenden Kräfte, die hinter dem Trubel des Alltags, seiner Sorge und Notdurft, das ewige Streben nach einem Höheren, nach einem besseren Morgen lebendig erhalten, die im Glauben an einem Fortschritt, ein Entwickeln aller schaffenden und forschenden Kräfte des Menschen lebendig erhalten. Zeigt sich aus dem Unbewußten heraus in dem Wirken des Besten ahnungsvoll das Leben der nächsten Zukunft, möglich geworden erst durch das Wirken der jüngsten Vergangenheit, des Tages, der lebendigen Gegenwart, so muß im schöpferischen Leben der Kunst die Stimme des Zeitgeistes in jedem Jahrhundert am klarsten und vernehmlichsten ertönen. Wie überlebt die Monarchie war, das zeigte lange vor dem Krieg die amtliche, von oben her beschützte und aufgepäppelte Hohenzollern-Kunst, die es unter den günstigsten äußeren Bedingungen doch nur bis zu einem Anton von Werner in der Malerei, zur Siegesallee-Puppenfabrik in der Plastik, zum Berliner Dom-Gespreize in der Baukunst brachte. Die echte Kunst aber war lange vor der Revolution schon revolutionär, der Naturalismus in der Dichtkunst, der Impressionismus in der Malerei, der suchend-ringende neudeutsche Werkstil in Kunstgewerbe, Haus- und Gartenbau. Wie die innere Gesetzmäßigkeit der Kunstentwicklung durch den Zufall der Geburt schöpferischer Persönlichkeiten abgewandelt, aber nicht zerbrochen werden kann, wie der ursächliche Zusammenhang zwischen Staat, Religion und Kultur überall und jederzeit nachweisbar bleibt, das hat Jakob Burckhardt in seinen Büchern über die italienische Renaissance mustergültig gezeigt. Für unsere Zeit gibt Pauli in knappem Vergleich der vorrevolutionären Kunst bis 1914 mit den Zeiten der großen Umwälzungen in Europa vor der Reformation und vor 1789 die geschichtliche Aufklärung. Ein merkwürdig plötzlicher Umschlag von begeistertem Ueberschwang zu ruhig-kühler Ernüchterung ist jedesmal bezeichnender Vorbote der neuen Zeit. Der Wechsel von Spätgotik zur Renaissance, von Spätbarock und Rokoko zum Kaiserstil und Biedermeier ist dem Kampf von Expressionismus, Impressionismus und neuer formklarer Klassik vergleichbar, wie er von vielen noch unerkannt vor unseren Augen sich abspielt. Das Einzelbewußtsein wandelt sich zum Gemeinschaftsbewußtsein, und eine neue religiöse Kunst tritt hervor; Seelenkunst, innerlich verkrampft, formal haltlos, muß überwunden werden. Die große Ueberlieferung, die hohen Errungenschaften der Malerei des 19. Jahrhunderts, die handwerkliche und geschmackliche Vollkommenheit werden verachtet. Negerplastik gilt als Muster. Erstlinge halbreifer Jünglinge, kindlich seelenvoller Nichtskönner werden als Offenbarungen gepriesen, lächerlich überschätzt.

Da erhebt sich die Frage nach dem Segen und Unsegen der Kunstpflege, wie wir sie in den Akademien, Ausstellungen, Museen seit zwei, drei Jahrhunderten wirken sahen. Die Akademien, im 17. und 18. Jahrhundert von Fürsten als Kunstschulen der Fürstenkunst begründet, haben heute jede Daseinsberechtigung verloren. Sie verursachen nur eine sinnlose Vermehrung des Künstlerproletariats über alles Bedürfnis hinaus. 1914 gab es in Deutschland über 11 000 freie Künstler. Ueberangebot von Mittelmäßigkeiten, Sinken des Gesamtniveaus, Künstlernot und -elend sind die Folgen. Einschränkung der Kunstschulen ist die Forderung des Tages; Verweis wirklich starker Begabungen in die Werkstätten der führenden Meister. Ebenso überschreitet der Riesenbetrieb des Kunstausstellungswesens alle Grenzen. Die Glaspalastausstellungen, die Jahresausstellungen der Künstlervereinigungen, die wechselnden Monatsausstellungen der Kunstvereine, des Kunsthandels, alles zeigt ungesunden Massenbetrieb. Schließlich sind auch die Museen zu Riesenraritätenkammern ausgewachsen. Auch hier gilt es, zu beschränken, zu scheiden zwischen Sammlung für Kunstwissenschaft und für Kunstfreunde. Ein Irrtum ist das Schlagwort: die Kunst für alle. Es handelt sich darum, mit allen Einrichtungen öffentlicher Kunstpflege nur den Berufenen zu dienen. Hier sind Paulis Vorschläge grundlegend. Man sollte ihn hören, man wird ihm folgen müssen, wenn nicht aus Ueberzeugung, so gezwungen, weil die Not der Zeit Einschränkung dringend fordert.

Hakon.

„Die Weltbühne“, der Schaubühne XVII. Jahr, Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, herausgegeben von Siegfried Jacobsohn, enthält in der Nr. 33: Soll und Haben nach sieben Jahren, von Emil Ludwig. Die Diplomatie, von Egon Friedell. Das Zölibat der Lehrerin, von Hanns Meißner. Ein Buch über Karl Kraus, von Heinrich Fischer. Kean, von Adolf von Hatzfeldt. Antwort an Wenzel Goldbaum, von Alfred Döblin. Mignone, von Walter Mehring. Rundschau, von Wrobel, Reisner, Marcus. Antworten. — Die „Weltbühne“ erscheint wöchentlich und kostet 2,50 die Nummer, 25 M vierteljährlich. Probenummern kostenfrei durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie durch den Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsweg 33.

Kommunistische Quertreibereien.

Zu der vom A. D. G. B. und AfA eingeleiteten Hilfsaktion für Rußland wird uns noch mitgeteilt:

Die SPD. und USP. haben in der gemeinschaftlichen Sitzung mit den Gewerkschaftsvertretern sofort der Sammlung auf parteipolitisch neutraler Grundlage durch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zugestimmt. Für sie kam es eben darauf an, ohne parteipolitische Ausnutzung dem schwer heimgesuchten russischen Volke, ohne Ansehen der parteipolitischen Einstellung, zu helfen. Sie sehen in dem von den Gewerkschaften eingeleiteten Hilfswerk den Akt der gesunden, natürlichen Menschlichkeit, der eine parteipolitisch agitatorische Ausnutzung nicht zuläßt. Anders die VKPD.! Ihr — das war in der gemeinschaftlichen Sitzung deutlich zu erkennen — liegt an einer wirklichen Hilfe gar nichts. Sie will nicht der Stimme der Menschlichkeit, sondern der des parteipolitischen Egoismus im Sinne der VKPD. Gehör schenken. Im Gegensatz zur SPD. und USP. wollte sie die technische Durchführung der Sammlung nicht den Gewerkschaften überlassen, sondern die VKPD. wollte die Art der Sammlung vorschreiben und bedingen, daß das Ergebnis von vornherein als für die russisch-bolschewistische Vertretung in Deutschland, die sogenannte russische Auslandskommission, bestimmt sei. Dem konnten und wollten die Gewerkschaften nicht zustimmen. Es handelt sich um ein internationales Hilfswerk, das einer politischen Partei nicht ausgeliefert werden darf, zumal die VKPD. nach den bisherigen gesammelten Erfahrungen durchaus ungeeignet ist, Arbeitnehmergelder ordnungsgemäß zu verwalten. Eine Partei, wie die VKPD., die in den weitesten Kreisen ihrer eigenen Angehörigen in bezug auf die Durchführung von Hilfsaktionen selbst dem größten berechtigtsten Mißtrauen begegnet, hat sich des Rechts begeben, über gesammelte Arbeitergelder parteipolitisch zu verfügen. Wir sind überzeugt, daß bis tief in die Reihen der kommunistisch orientierten Arbeiterschaft hinein für die Abwehr der beabsichtigten Anmaßung der Parteileitung der VKPD. in der Arbeiterschaft volles Verständnis vorhanden ist.

Für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, gleich welcher politischen Orientierung, gilt die Parole, angesichts dieser neuen verwerflichen Quertreiberei der Parteileitung der VKPD., nun erst recht nach bestem Können der Not und dem Elend im Interesse der ganzen Menschlichkeit zu steuern.

Theorie und Praxis.

Wir lesen in der Berliner „Freiheit“:

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ hat dieser Tage anklagend hervorgehoben, daß, während das französische Proletariat alle Anstrengungen mache, um den russischen Brüdern beizuspringen, die französische Regierung fortgesetzt Kriegsmaterial gegen Rußland nach Polen und Rumänien sende. Die Herstellung von Munition werde Tag und Nacht in den französischen Fabriken betrieben.

Unser französisches Bruderorgan, der „Populaire“, antwortet darauf:

„Hat man das Recht zu fragen, wer diese Kanonen, diese Maschinengewehre, diese Munition Tag und Nacht fabriziert? Etwa die Bourgeois, die Kapitalisten, die Generale, die Minister? Oder sind es die Metallarbeiter, die oft genug in den Versammlungen für Rußland stimmen?“

Es ist gut, daß hier einmal mit allem Nachdruck auf den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis der Kommunistischen Partei in Frankreich hingewiesen wird. Die „Humanité“ deklamiert, ergeht sich in bolschewistischen Phrasen, aber die Politik der Kommunistischen Partei ist weit von jeder revolutionären Aktion entfernt. Während man über die Munitionsherstellung zetert, geschieht nicht das geringste, um den Widerstand der Arbeiter gegen diese konterrevolutionären Machenschaften anzustacheln. Dabei ist der gewerkschaftliche Verband der Seine in den Händen der Kommunisten. Sie hätten also die Möglichkeit, von den Worten zu Taten überzugehen, aber Worte sind eben billiger.

Die Kohlenversorgung der Hamburger Gaswerke.

Die Versorgung der Hamburger Gaswerke mit inländischen Kohlen ist seit längerer Zeit wieder gänzlich unzureichend. Von dem monatlich 30 000 Tonnen betragenden Kontingent, das den Gaswerken vom Reichskohlenkommissar zugeteilt wurde, sind in den Monaten Mai, Juni und Juli d. J. statt 90 000 Tonnen nur 38 318 Tonnen geliefert worden. Da das Kontingent für eine normale Gasversorgung Hamburgs schon für den laufenden Monat nicht ausreichend ist, sind Gasstörungen, die hauptsächlich auf ungenügendem Gasdruck infolge Kohlenknappheit beruhen, in vielen Haushaltungen unvermeidlich. Alle Bemühungen bei den zuständigen Reichsstellen sowohl, als auch beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat um stärkere Belieferung mit guten, brauchbaren Gaskohlen waren bisher vergeblich, weil die überhaupt verfügbaren Kohlenmengen, die nach der Erfüllung der Kohlenabgabeverpflichtungen an die Entente übrig bleiben, so gering sind, daß eine auch nur annähernd ausreichende Kohlenversorgung der deutschen Gaswerke unmöglich ist. Leider ist nun auch noch der größte Teil dieser für uns verbleibenden Kohlen durchaus minderwertig, weil die besten Sorten an die Entente geliefert werden müssen. Daher werden den Gaswerken sehr oft Kohlen geliefert, die für Vergasungszwecke ganz ungeeignet sind, weil sie meistens 25 bis 35 % und darüber hinaus unvergasbare und unverbrennliche Bestandteile enthalten.

Unter diesen Umständen ist es den Gaswerken trotz aller Bemühungen oft nicht möglich, ihre Abnehmer ausreichend mit Gas zu versorgen, jedenfalls sind alle in den letzten Jahren vorgekommenen diesbezüglichen Störungen auf unzureichende Lieferung von Kohlen, die leider auch noch zum größten Teil minderwertig waren, zurückzuführen.

Um endgültig die Sperrstunden und damit die Gasnot in Hamburg zu beseitigen und um Vorräte für den kommenden Winter zu beschaffen, hat die Direktion der Gaswerke ausländische Kohlen gekauft. Leider sollen diese Kohlen laut Verfügung des Reichsministers der Finanzen vom 23. Juni d. J., auf Grund des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917, nun vom 1. Juli dieses Jahres an, zurzeit noch mit 20 %, in nächster Zeit aber mit 25 bis 30 % vom Tageskurs, an der Grenzeingangsstelle versteuert werden. Dadurch wird den Hamburger Gaswerken der Bezug von ausländischen Kohlen so gut wie unmöglich gemacht, wenn nicht der Gaspreis ganz wesentlich erhöht wird, was unserer minderbemittelten Bevölkerung kaum noch zugemutet werden kann.

Verhandlungen über eine Aenderung dieser Steuer, die nicht allein die Kohlen, sondern auch die Fracht und sogar die jetzt leider wieder stark zunehmende Entwertung unseres Geldes trifft, sind mit den zuständigen Reichsstellen schon vor Wochen eingeleitet.

Hoffentlich gelingt es, diese Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen und die sonst noch vorhandenen Schwierigkeiten aller Art zu beseitigen, damit die seit Jahren in Hamburg bestehende Gasnot recht bald endgültig überwunden wird.

Zum Sonderschnellzuge 3519 zur Leipziger Messe ab Altona 8,52, ab Hamburg 9,13 vormittags am 27. August werden Fahrkarten in beschränkter Zahl ausgegeben, und zwar durch die Bahnhöfe Hamburg Hauptbahnhof, Dammtor, Altona Hauptbahnhof, ferner durch die „Mitropa“, durch das Reisebureau Bamberger und das Weltreisebureau Union. Mit den Fahrkarten werden Kontrollkarten verausgabt. Reisende ohne Kontrollkarte werden zu dem Sonderzuge nicht zugelassen, so daß keine Ueberfüllung zu befürchten ist.

Das Königlich Dänische Generalkonsulat befindet sich von Montag, 22. August, an Badestraße 32/34 und Alsterufer, Eingang von der Badestraße 32. Siehe auch Anzeige in dieser Nummer.

Die Wunder der Technik innerhalb des Rahmens der Kultur- und Sportwoche werden besondere Anziehungspunkte nicht allein für die auswärtigen Gäste sein. Am Montag, 22. August, werden ab 7½ Uhr abends im Hörsaale A der Universität sprechen: Die Herren Dr. ing. Mies, Oberbaudirektor Dr. Wendemuth, Geheimer Baurat a. D. Schwarz und Schulrat Professor Lohse über Hamburgs Hafen, den Schiffbau und das technische Schulwesen als Kulturfaktoren. Karten für den Abend sind in den Geschäftsstellen der Kultur- und Sportwoche, Ferdinandstr. 56, und der R. D. T. Ortsgruppe, Brandsende 12, schließlich auch noch im Saaleingang zu haben. Der 2. Teil des Abends wird ausgefüllt durch einen Filmvortrag des Herrn Oberingenieurs Meyen aus Charlottenburg. Der Film, der in den größten Städten des Binnenlandes mit beispiellosem Erfolge aufgeführt worden ist und in Hamburg zum ersten Male gezeigt wird, führt die Gäste in ein Kohlenbergwerk, zeigt ihnen den Werdegang des Eisens, die Stahlerzeugung und ein Blockwalzwerk. Außerdem das Gießereiwesen, den Werdegang eines Dampfpfluges, Bandstahlwalzen und die Entwicklung der Buchdruckerkunst. Ferner die Flachsverarbeitung, die Spielwarenherstellung, automatische Maschinen und die Porzellanherstellung. Zum Schluß als bunten Teil noch die Wirkungen des Friedensvertrages, neuartige Lehrfilme (Medizin, Mathematik, Sternkunde) und letzten Endes die Wunder des Films: Zeitraffer und Zeitmikroskop.

Die Platzmusik am Sonntag, 21. August, findet nicht beim Dammtorpavillon, sondern vormittags von 10½ Uhr an auf der Mundsburger Brücke am Eilbecker Kanal statt. Leitung: Obermusikmeister Günzel.

Ueble Gerüche in Nord-Eppendorf. Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir nachstehenden Bericht: Auf einem Grundstück im Lokstedterweg wird seitens der Firma Wengolit-Werke frisches und altes, von auswärts bezogenes Blut zu Knöpfen verarbeitet. Durch die dadurch verbreiteten Gerüche wurden die Anwohner der umliegenden Straßen, vor allem in der verflossenen Hitze-Periode, in geradezu unerträglicher Weise belästigt. Verschiedene Eingaben an die Behörden haben zu keinem Erfolg geführt, so daß die Bewohner sich schließlich zusammengetan und in einer am Sonntag, 14. August, in dem Victoria-Kino, Lokstedterweg, stattgefundenen, von mehreren hundert Einwohnern besuchten Versammlung die Behörde um schleunige Abstellung der üblen Gerüche ersucht haben. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Mehrere hundert Einwohner von Nord-Eppendorf, die seit Monaten durch den abdeckereiartigen Gestank der Wengolit-Werke, Lokstedterweg, und durch dort gezüchtetes Ungeziefer (Ratten und Fliegen) belästigt werden, protestieren auf das Entschiedenste dagegen, daß die Behörde noch länger die Verarbeitung von zum Teil in Verwesung übergegangenen Blutes in der Nähe der Wohnungen duldet. Die von der Fabrik versuchte Abstellung der Gerüche hat keinen Erfolg gehabt. Wir erwarten, daß nunmehr sofort die Lagerung und Verarbeitung von Blut auf den Wengolit-Werken polizeilich verboten wird.“

Fuchs ut'n Lock. In der Quickbornstraße sah ein Wachtmeister einen Mann durch die Luftklappe eines Ladens klettern. Er wartete, bis der Kletterer wieder zum Vorschein kam und nahm ihn sogleich in Empfang. Es ist ein Tapezierer P.

Wegen Mädchenhandelverdachts wurde am Hauptbahnhof ein Schlachter und Bergmann R. festgenommen. R. traf hier mit zwei jungen, bis ins Kleinste modern „bekleideten“ Damen aus dem Rheinland ein, um sich Hamburg anzusehen. Die Mädels, eine 16 Jahre alte Haustochter und ein Dienstmädchen von 17 Jahren, wurden in Schutzhaft genommen.

Hafen und Schiffahrt.

Im schweren Wetter leck geworden. Die deutsche Bark „Hermann“, die mit einer Ladung Holz von Traugund nach Hull bestimmt absegelte, ist nur bis zur Doggerbank gekommen, wo sie durch einen heftigen Sturm überrascht und schwer leck wurde. Ein großer Teil der Deckslast ist über Bord gespült worden. Das Schiff mußte beidrehen und ist in Kristiansand als Nothafen durch einen Schleppdampfer eingebracht worden.

Altona und Umgegend.

Jugendspiele Altona. Unsere Tageswanderung muß am Sonntag, 21. August, ausfallen. Wir treffen uns mittags 1½ Uhr am Museum und gehen nach dem Volkspark zum Spielen. Mittwoch, 24. August: Spielen Schulhof, Herderstraße, von 6 bis 8 Uhr. Kommt alle! Eure Freunde.

Flora-Theater. „Auf in die Flora“, 6 lustige Hamburger Bilder mit Gesang, Tanz und Film, in den Hauptrollen mit Charly Wittong, Ly Ahry, Rudi Rahe und Siegfried Arno, gelangt nur noch bis zum 31. August zur Aufführung. Am Donnerstag, 25. August, wird die Revue zum 25. Male gegeben, außerdem haben Charly Wittong und Ly Ahry ihren Ehrenabend. Für diesen Abend hat die Direktion ganz besondere Vorkehrungen getroffen.

Aus den Elbgemeinden.

Blankenese. An die Genossinnen der Elbgemeinden! Am Montag, 22. August, nachmittags 2½ Uhr, treffen sich die Genossinnen der Elbgemeinden mit denen Altonas am Blankeneser Bahnhof zu einigen Stunden zwanglosen Beisammenseins. Vor allem wollen wir einen hübschen Spaziergang machen durch die herrlich am Elbufer gelegenen Parks. Die Genossin Henningsen aus Hamburg wird auch teilnehmen und eine kleine Ansprache halten. Unsere Losung sei am 22. August: „Auf nach Blankenese!“

Blankenese. Am Montag, 22. August, abends 8 Uhr: Vorstandssitzung bei O. Baumann.

Wandsbeck und Umgegend.

Zur neuen Brot- und Mehlversorgung.

Mit dem 16. August 1921 ist eine wesentliche Lockerung der Zwangswirtschaft in der Getreide-, Mehl- und Brotversorgung eingetreten, und damit hat der Schleichhandel auch auf diesem Gebiet sein Ende gefunden. Lediglich das sogenannte Kommunalmehl und die daraus hergestellten Backwaren unterliegen der Kontrolle durch den Kommunalverband. Dementsprechend sind die für Wandsbeck geltenden Vorschriften über die kommunale Brot- und Mehlversorgung neu bearbeitet und veröffentlicht worden. Beabsichtigt ist, vom 20. August 1921 an für den Kopf der Bevölkerung wöchentlich 1900 Gramm Backware zu geben, dagegen an Mehl nur noch die Wochenrate von 200 Gramm Kochmehl, in der Annahme, daß der Bevölkerung in erster Linie daran gelegen sein wird, Brot zu erhalten. Es sollen abgegeben werden auf Brotmarke A 950 Gramm, auf Marke B 500 Gramm und auf Marke C 450 Gramm Brot oder anderes zugelassenes Gebäck. Auf die Marke M 2 wird kein Gebäck mehr verabfolgt, weil die Marken A, B und C bereits Berechtigung auf 1900 Gramm Brot geben. Die Herstellung von Krankengebäck (Weißbrot und Keks) soll beibehalten werden. Demgemäß werden aus Kommunalmehl Einheitsbrot, Roggengrobbrot, Rundstücke, Zwieback und Krankenbrot (Weizenbrot und Keks) hergestellt werden. Andere Gebäcke dürfen nur aus Mehl, das im freien Verkehr beschafft ist, geliefert werden; für sie besteht kein Markenzwang. Vom 20. August an gelten hier in Uebereinstimmung mit Hamburg folgende Brotpreise: 1900 Gramm Einheitsbrot 7 M, 1900 Gramm Roggengrobbrot 6,50 M, ein Rundstück im Gewicht von 45 Gramm netto 25 ₰, 500 Gramm gerösteter oder 625 Gramm weicher Zwieback 5,40 M. Der Preis für Weizenbrot (Krankenbrot) wird 4,25 M für 950 Gramm betragen, der Preis für Keks 5,60 M beziehungsweise 7,60 M für 500 Gramm, je nach Art der Herstellung. Das dem Markenzwang nicht unterworfene Brot unterliegt nicht der Höchstpreisbestimmung.

Lebensmittelverteilung. Die Lebensmittelkommission teilt uns mit, daß in der Woche vom 21. bis 27. August 1921 folgende Lebensmittel abgegeben werden: 125 g Weizengrieß für Kinder unter 5 Jahren und Alte über 70 Jahre, 150 g Zucker, 250 g Sagomehl, 125 g Cornedbeef, 250 g Keks, 1900 g Brot, 200 g amerikanisches Weizenmehl. Die Abgabe von Lebensmitteln (Zucker und Weizengrieß) gegen Krankenscheine findet bis auf weiteres in nachstehenden Geschäften statt: H. Clamer, Hamburgerstraße 22, K. Kasch, Stormarnerstraße 34, H. Flottwell, Manteuffelstraße 31, R. Wendtländer, Kampstraße 20.

t. Bramfeld. Die Holzausgabe der Gemeinde erfolgt am Dienstag, 23. August, von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr auf dem Hofe des Elektrizitätswerkes in der Herthastraße. Für jede Familie wird nur 1 Zentner Brennholz zum Preise von 17 M. abgegeben. Die Holzkarte muß vorgelegt werden.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. Zweck und Ziele der sozialen Baubetriebe. Hierüber hielt am Montag abend Genosse Klement vor den Wilhelmsburger Parteifunktionären, Kreistags- und Gemeinderatsmitgliedern einen Vortrag. Er führte etwa folgendes aus: Als mit Beendigung des Krieges die große Wohnungsnot eintrat und zu gleicher Zeit der Drang nach Kleinsiedlungen immer größer wurde, das Bauen aber fast zur Unmöglichkeit geworden war infolge der hohen Preise für Baumaterialien, da tauchte die Frage auf, wie diesem Mißstande am besten zu begegnen sei. Die Arbeitnehmerorganisationen kamen zu dem Entschluß, Genossenschaften zu bilden, die die Ausführung von Bauarbeiten in die Hand nehmen. Hierdurch hoffte man, durch Ausschaltung der hohen Unternehmergewinne, bedeutend billiger bauen zu können und dadurch die Wohnungsnot zu mildern und auch Arbeitsmöglichkeit für die Bauarbeiter zu schaffen. Die Finanzierung der in den einzelnen Organisationen geschaffenen Baubetriebe war Sache der Gewerkschaften, die sich auch bereitwilligst dazu herbeiließen. In Hamburg sind diese Baubetriebe zu der Genossenschaft „Bauwohl“ zusammengeschlossen. Aber so wie jede Neuerung auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so auch hier. Die Bauunternehmer sehen sich um ihren Profit betrogen und versuchen das junge Unternehmen zu schädigen und in Mißkredit zu bringen, wo es nur möglich ist. Recht segensreich hat aber zum Beispiel „Bauwohl“ auf dem Gebiete des Siedlungswesens gewirkt und bei manchem Siedlungsunternehmen ist die Genossenschaft als treuer Berater dabei gewesen und hat dabei manchen Siedler vor Uebervorteilung durch den Privatunternehmer geschützt. Der Anfang sei sehr schwierig und nur in größeren Orten wird es möglich sein, derartige Betriebe am Leben zu erhalten und weiter zu fördern. Dazu bedarf es aber auch der Mitarbeit aller Parteigenossen namentlich derjenigen, die in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen vertreten sind. Hier müssen unsere Genossen darauf drängen, daß auch die sozialen Baubetriebe bei Vergebungen von Bauten herangezogen werden. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in deren Verlauf der Redner noch manche Aufklärung geben konnte. Grabbert, als Bauarbeiter, ist der Ansicht, daß eine Sozialisierung des Baugewerbes, wie sie ursprünglich gedacht war, nicht möglich sei. Er hält eine Umformung des Bauwesens nur auf dem beschrittenen genossenschaftlichen Wege für möglich. Nach einem Schlußwort, in dem der Vortragende auch noch die Erklärung abgibt, daß die Genossenschaft „Bauwohl“ auch zu jeder Zeit bereit ist, unsern Genossen in den Kommunalvertretungen in Baufragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, erklärt Rubbert, daß auch die Genossen ihrerseits sich ihrer Pflicht bewußt sein werden und für die sozialen Baubetriebe eintreten werden.

Bremen.

Streik der Klempner. Die Klempner Bremens haben am Mittwoch in einer Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten. Sie hatten bei der Innung den Antrag gestellt, daß ihr Stundenlohn, der jetzt 6,75 M beträgt, auf 7,40 M erhöht werden möchte; das wäre ein Lohnsatz, den die Bauarbeiter beziehen. Die Innung lehnte ab, und das angerufene Schiedsgericht weigerte sich, einen Spruch zu fällen. Daraufhin sahen sich die Klempner gezwungen, in den Streik zu treten.

Schleswig-Holstein.

Kiel. Der Kampf im Kieler Kleingewerbe. In einer Riesenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses nahmen die Arbeiter aller Berufsgruppen des Kleingewerbes erneut Stellung zu der Antwort der Unternehmer. Fünf Minuten vor Ablauf des Ultimatums hat sich der Bund der Arbeitgeber bereit erklärt, mit den Gewerkschaften über die geforderte Teuerungszulage zu verhandeln, jedoch nicht auf kollektiver Grundlage. Mit dieser erneuten Verzögerung war die Mehrheit der Versammlung nicht einverstanden. Sie beschloß, die Gewerkschaften aufzufordern, sofort den Streik zu beschließen und den Kampf für die restlose Anerkennung ihrer Forderungen aufzunehmen. Nach dieser Versammlung beschäftigten sich die Mitglieder der einzelnen Berufsgruppen in besonderen Gewerkschaftsversammlungen mit der neu geschaffenen Lage. Wie uns weiter berichtet wird, haben die Verhandlungen mit dem Bunde der Arbeitgeber begonnen. Es verhandeln als erste die Bäcker und die Transportarbeiter.

Kleine Chronik.

Kriegsverbrecher überall. Als sich am 5. September 1914 die Deutschen in Frankreich aus einer Stellung zurückziehen mußten, brach in einem dem Bürgermeister von Vandelicourt gehörenden Speicher ein Feuer aus. Der Verdacht lenkte sich auf einen 18jährigen Burschen, Camille Caron, einen Angestellten des Bürgermeisters. Er wurde verhaftet und der Bevölkerung übergeben, die ihn mit Fäusten und Spaten halbtot schlug und zum Schluß kreuzigte. Jetzt erst ist eine Untersuchung eingeleitet.

Landgericht.

Strafkammer II.

Wieder aufgetauchte gestohlene Kriegsanleihen. Im Jahre 1919 fiel bei einem Postraub den Tätern auch eine Anzahl Kriegsanleihestücke in die Hände. Anfang dieses Jahres hatte nun der Kaufmann Christian B. im Auftrage des Händlers und Kutschers Bernhard M. bei einem Bankier ein Stück Kriegsanleihe für 900 M. verkauft und ein anderes Stück gegen einen Vorschuß von 200 M. in Depot gegeben. Den Erlös hat B. aber nicht dem M. abgeliefert, sondern in die eigene Tasche gesteckt. Als dann der Bankier die Kriegsanleihen bei der Reichsbank eingereicht hatte, ergab sich, daß diese einige der bei dem Postraub gestohlenen Stück sind. Es wurde dann die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, in der M. angab, er hätte die Kriegsanleihen von dem Kutscher Gustav Theodor St. erhalten, den er wegen einer früheren Schuld von 100 M. mahnte; da St. die Papiere nicht wieder einlöste, habe er geglaubt, sie veräußern zu dürfen. St. behauptete, er hätte die Kriegsanleihen auf der Rennbahn von einem später verurteilten, inzwischen aus dem Gefängnis in Rendsburg entsprungenen Falke, gegen ein Darlehen von 500 M. erhalten. F. habe sich aber nicht wieder blicken lassen und dann habe er die Papiere an M. gegeben. Nach der nun vor dem Landgericht, Strafkammer II, stattgefundenen Verhandlung werden B. wegen Unterschlagung zu 2 Monaten, M. wegen Hehlerei zu 3 Monaten und der vorbestrafte St. wegen Unterschlagung der von Falke in Pfand erhaltenen Kriegsanleihen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sprechsaal.

„Gegenwartsglossen zum Nachdenken.“ Den Artikel des Genossen J. Dähmel kann man voll und ganz unterstreichen. Es wird an allen Stellen versucht, die bestehenden Verfügungen zu umgehen und zu sabotieren. Vor längerer Zeit haben wir uns dafür eingesetzt, daß die Konzerte der Ordnungspolizei in allen Stadtteilen gegeben werden sollten. Der Anfang wurde damit gemacht, aber nur einige Male wurde die Maßnahme durchgeführt. Jetzt spielt die Kapelle wieder ständig vor dem Dammtor-Pavillon. Die Schieber bezahlen ja auch die meisten Steuern.

Hagemann, Billstraße 84, 1. Et.

Auffassung eines ehemaligen Kriegsgefangenen.

Mit dem vor einiger Zeit vom Reichsfinanzministerium, Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, herausgegebenen Artikel: „Zur Beachtung für ehemalige Kriegsgefangene“, kann ich mich, und mit mir wohl noch viele andere, nicht einverstanden erklären. Das mir zustehende Arbeitslohnguthaben von 40 Centimes täglich, nicht 20, soll ich, wenn es zur Auszahlung gelangt, zum Kurse umgerechnet haben, wie derselbe stand beim Verlassen des Durchgangslagers. Ich glaube, daß hier doch eine zu harte Entscheidung getroffen worden ist. Zuerst will ich nun ins Auge fassen, daß in den Verhältnissen jetzt und derzeit ein ziemlicher Unterschied ist. Wir Kriegsgefangene warten bereits sehnsüchtig auf das Geld, da doch bei den meisten die pekuniäre Lage so ist, daß sie das Geld benötigen, um notwendige Anschaffungen zu machen. Sollte, wie es in dem Artikel geschrieben steht, keine Barüberweisung von fremdstaatlichen Regierungen stattfinden, so möchte ich doch der Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene anheimstellen, bei der fremdstaatlichen Regierung vorstellig zu werden, daß uns die zustehenden Arbeitslohnguthaben zu dem Kurse umgerechnet werden, wie derselbe an dem Tage war, an welchem die Guthabenlisten in die Hände unserer Regierung gelangten. Dieses ist nicht mehr wie recht und billig. Wir Kriegsgefangene erkennen voll und ganz die schlechte finanzielle Lage unseres Reiches an, jedoch sollte unsere Regierung diese Genehmigung erhalten, trägt sie keinen Verlust. Um keine Erbitterung in unseren Reihen hervorzurufen, wäre es deshalb sehr angebracht, sich mit dieser Bitte eingehender zu beschäftigen.

Einer für viele.

Jugendweihe Neustadt. In gegebener Veranlassung teilt der Unterzeichnete hierdurch allen in Betracht kommenden Eltern mit, daß ein in der Mühlenstraße stattfindender Unterricht nicht zu verwechseln ist, nichts zu tun hat mit unserer von parteigenössischen Lehrern und Eltern vorbereiteten Jugendweihe. Die hierfür vorgesehenen Gemeinschaftsstunden beginnen erst Anfang Oktober. Tag und Ort wird rechtzeitig im „Echo“ bekanntgegeben. Außerdem erfolgt eine unmittelbare Benachrichtigung der Beteiligten. Alle Genossen und Genossinnen, insbesondere die Bezirksführer des Distrikts Neustadt, werden um Verbreitung dieser Mitteilung gebeten.

J. A.: O. Metzger, Pasmannstr. 8, 1. Et.

Jugendgruppen der Gewerkschaften.

Lehrlinge im Großhandel und Transportgewerbe!

Zum 30. September sind die gesamten Tarifverträge unserer Fachgruppen gekündigt worden. Auch Ihr werdet dadurch in einen gewaltigen Lohnkampf hineingezogen werden und erheischt es Eure Pflicht, an den beratenden und beschließenden Versammlungen unbedingt teilzunehmen, damit auch bei den neuen Tarifverhandlungen die berechtigten Jugendforderungen voll zur Geltung kommen. Die nächsten Vollversammlungen finden statt: Drogen, Chemikalien usw., Mittwoch, 24. August, 7 Uhr, Ausstellungshalle Gewerbehaus; Galanteriewaren usw., Mittwoch, 24. August, 8 Uhr, Ausstellungshalle Gewerbehaus; Schiffsmakler, 24. August, 9 Uhr, Ausstellungshalle Gewerbehaus; Nahrungs- und Genußmittel, Freitag, 26. August, 7 Uhr, Ausstellungshalle Gewerbehaus; Eisen, Eisenwaren usw., Freitag, 26. August, 8½ Uhr, Ausstellungshalle Gewerbehaus; Spedition, Montag, 29. August, im großen Saal des Gewerbehauses; Textil-Großhandel, Dienstag, 30. August, 7½ Uhr, im großen Saal des Gewerbehauses.

Jugendleitung des Z. d. A.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Lehrlingsabteilung. Sonntag, 21. August, Ausflug in die Rissener Heide. Treffpunkt 7 Uhr vor dem Bismarckbad in Altona (neben dem Hauptbahnhof). Fahrt bis Hochkamp, von dort Abmarsch 7¾ Uhr. Proviant und Getränke mitbringen.

Partei-Bekanntmachungen

Jungsozialisten, Gruppe Rotenburgsort. Sonnabend, 20. August, abends 8 Uhr, Schule Vierländerstraße: Fortsetzung der Diskussion über volksw. Begriffe. — Sonntagsveranstaltung wird noch besprochen. — Dienstag, 23. August, 7½ Uhr: Wichtige Besprechung beim Genossen Otto Jentsch, Hardenstraße 68, IV. Alle aktiven Genossen und Genossinnen werden gebeten zu erscheinen.

Hamburger Ausschuß für soziale Fürsorge. Die nächste regelmäßige Hauptausschußsitzung findet voraussichtlich am Sonnabend, 17. September, statt. Die heute abend fällige Sitzung fällt aus.

Letzte Nachrichten.

Die Geschäftsordnung im Völkerbundsrat.

WTB. **Paris**, 19. August. Nach einer Havasmeldung ersuchte Ischii, der derzeitige Präsident des Völkerbundrates, Quinones De Leon, dem Vertreter Spaniens beim Völkerbundsrat, das Amt des Berichterstatters bei der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, die für den 29. August nach Genf einberufen ist, anzunehmen. Das Sonderverfahren, das die Bekanntmachung des Völkerbundsrates anspielt, besteht darin, daß jeder Besprechung des Völkerbundsrates eine möglichst vollständige und unparteiische Prüfung der Angelegenheit voraufgehe. Zu diesem Zwecke beauftragt der Präsident für jede Angelegenheit, womit sich der Völkerbundsrat befaßt, ein Mitglied, einen Bericht vorzubereiten, der dazu bestimmt ist, den Mitgliedern des Rates alle Auskünfte und Aufklärungen zu liefern, die sie im Laufe der Besprechungen nötig haben könnten. Bei der Eröffnung verliest der unterrichtete Berichterstatter seinen Bericht, der sogleich an alle Mitglieder des Völkerbundsrates verteilt wird. Nach Beendigung des Berichtes findet dem Falle entsprechend entweder sofort eine Besprechung statt oder sie wird auf ein späteres Datum festgesetzt, um unter Umständen den Mitgliedern des Völkerbundsrates die Möglichkeit zu geben, den Bericht einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und von dem Berichterstatter gegebenenfalls vervollständigte Auskünfte zu erbitten. Nach dieser eingehenden Prüfung der Angelegenheit sprechen sich dann die Mitglieder des Völkerbundes aus.

Briefkasten.

Parteigenosse seit 1892, Altona. Die Kanzlei des schwedischen Konsulats, Alsterufer 15, ist geöffnet von 10 bis 1 und 2 bis 3 Uhr, Sonnabends von 10 bis 1 Uhr.

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Freitag, 19. August, 5 Uhr nachmittags.
Cuxhaven meldet: Angekommen:
19. August.

Zeit:	Schiff:	Kapitän:	Von:
B. 10,30	D. W. T. H. Malling	—	—
„	D. Scouds Borg	Grove	Algier
„	D. Eggo	—	—
10,50	D. Philotis	Robertson	Plymouth
11,10	FD. Hockamp	d. Boer	der Nordsee
„	FD. Gorch Fock	Ridder	do.
„	D. Greta	—	—
12,—	D. Chateau Palmar	Bouttier	Dünkirchen
„	FD. Laboremus	—	der Nordsee
„	D. Weimar	Grierson	Leith
N. 12,35	D. Thoopton	—	—
12,50	D. Raven	Tied	London
1,30	D. Undine	Altschwager	d. Mittelmeer
1,40	D. Wilkenov	—	New York
1,50	SD. Stark	—	Bremerhaven
„	Leichter Nr. 180	—	do.
2,30	D. Baldur	—	—

Ferner auf: 12 Uhr SD. Hohenzollern mit dem Leichter Weser 3.
Von hier auf: 10,45 Uhr Dampfer Masula, 12 Uhr SD. Spica mit Leichter Nr. 85 und 91.
Eingekommen: 1 Uhr FD. Wandrahm, Senator Oswald; 1,15 Uhr FD. Pickhuben, 2 Uhr FD. Farmsen.
Wind: Ost, leicht — Wetter: heiter. — Barometer: 765,2. — Thermometer: + 22,° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen
19. August.

Zeit:	Schiff:	Kapitän	Von:
B. 7,45	SD. Paulus	Stehr	Sonderburg
„	SD. Atlas	Steinmeyer	do.
7,55	SD. Karl Grammersdorf 1	Rann	Stettin
„	Leichter Fritz	Vettevik	Kiel

Großhandelspreise auf dem Hamburger Markt.

Auszug aus dem amtlichen Marktbericht vom Freitag, 19. August.

Eßäpfel pro Pfund 1—1,80 M, ausgewählte Früchte 2,50—4 M, Wirtschaftsäpfel 80 ₰—1,20 M, Eßbirnen 60 ₰—1,80 M, ausgewählte Früchte 2—3 M, Wirtschaftsbirnen 60 ₰—1,20 M, Brombeeren 3 bis 3,50 M, Kronsbeeren 4,60—4,80 M, Pflaumen, großfrüchtig 4,50 bis 4,80 M, andere 3—3,50 M, Eier- 3—3,50 M, Reineclauden 4,50—4,80 M, Tomaten, inl. 1,50—3 M, ausl. 1,60—3,20 M, Zitronen, große Stück 80 ₰—1,25 M, kleine 60—80 ₰, Zwetschen, saure pro Pfund 3 bis 3,50 M, Bohnen, Brech- 1,50—2 M, Schneide- 1,20—2,20 M, Wachs- 1,80—2,80 M, Perl- (türk. Erbsen) 2,50—3,50 M, Erbsen, Pal- 2 bis 3 M, Gurken, Treibhaus- Stück 1,50—3 M, Einlege- 30—70 ₰, ausl. 2—3 M, Senf- pro Pfund 1,50—1,80 M, Karotten mit Kraut Bund 50 ₰—1,20 M, Kartoffeln 100 Pfund 55—75 M, Kohl, Blumen- 10 Stück 5—50 M, Wirsing- Kopf 50 ₰—2 M, Weiß- pro Pfund 65—85 ₰, Rot- 1—1,25 M, Kohlrabi mit Kraut 10 Stück 1—4 M, Kürbis pro Pfund 30—50 ₰, Meerrettich, dünne Stangen 100 Stück 60—100 M, mittlere 150 M, starke 200 M, sehr starke 300 M, Petersilienwurzeln 10 Bund 2—3 M, Pilze, Champ. pro Pfund 1 bis 2,50 M, Rettich 100 Stück 20—40 M, Rhabarber, Land-, pro Pfund 20—30 ₰, Rotebeete 40—60 ₰, Rüben, Steck- 40—60 ₰, Salat, Land- 100 Stück 30—50 M, Sauerampfer pro Pfund 25—35 ₰, Schalotten 1,50—2 M, Sellerie 10 Stück 6—20 M, Spinat, junger pro Pfund 1—1,60 M, Suppenkraut, junges 1 M, Wurzeln, rote feldm. 70—90 ₰, gartenm. 90 ₰—1 M, Zwiebeln 1,10—1,15 M, Eier Stück 1,75—1,80 M.

Marktlage: Zufuhren an Obst, Gartengemüse und Feldgemüse ausreichend. Ruhiger Markt.

Versammlungs-Kalender.

Sonnabend, 20. August.

Fabrikarbeiterverband, allgemeine Mitgliederversammlung, 6½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Reedereiangestellte, 5 Uhr, „Erholung“, Dragonerstall. — Fachgruppe Außenhandel, 7 Uhr, „Erholung“, Dragonerstall.

Für unsere Leser in Eimsbüttel, Hoheluft u. Eppendorf liegt eine Empfehlung der Firma Karstadt-Eimsbüttel, Eimsb. Chaussee 30—40, bei.

Anzeigen.

Das frohe Fest des 40jährigen Ehejubiläums feiern am 20. August unsere lieben Eltern
J. Rambow u. Frau,
geb. Schröder.
Marthastr. 41, III. Die Kinder.

Trauer-
Kleider Jackenkleider
Blusen Röcke Unterröcke
Hüte Schleier Trauerflore
Auswahlsendung sofort
Tel.: Elbe 1021, 1022, 1023.
Robinsohn
Neuerwall 25/33

Arbeitsmarkt

Gesucht zum Walken für Plattfuß-Einlagen tüchtige Schuhmacher und Sattler.
Berkemann, Königstr. 6.

Konf. Mädch. f. Tagft. ges.
Lehmann, Hellkamp 31.

Tüchtige Rockschneider in u. außer dem Hause sof. ges. J. A. Willmann, Gr. Burstah 5, II.

Befahrene Heizer gesucht.
Zu melden mit Seefahrtspapieren im Seemannshaus, Paritätische Heuerstelle, Abteilung B.
Hamburg-Amerika Linie.

Zuverlässige Frauen
zum Zeitungaustragen
sofort gesucht.
Hamm:
Filiale W. Herrlein, Rumpffsweg 3.

Die Urliste der Personen, welche zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen für das Kalenderjahr 1922 berufen werden können, liegt in der Zeit vom 22. bis einschließlich 27. August 1921 während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Einwohnermeldeamt, Mathildenstr. 1, zur Einsicht aus. Etwaige Einsprüche gegen die Liste sind in der genannten Zeit schriftlich oder zu Protokoll bei uns anzubringen.
Wandsbeck, den 19. August 1921.
Der Magistrat.

In der vierunddreißigsten Lebensmittelkartenwoche werden abgegeben werden: Brot, Mehl, Keks, Sagomehl, Weizengrieß für Kinder und Alte. Zucker 150 Gramm auf Abschnitt Zucker 34. 250 Gramm Sagomehl zum Preise von 1,75 M. für 250 Gramm. Cornedbeef und Keks ohne Markenabgabe. Auf Marke M 2 dürfen keine Rundstücke mehr abgegeben werden.
Lebensmittelkommission Wandsbeck.

Das Königl. Dänische Generalkonsulat ist von Montag, 22. ds. Mts., ab von den jetzigen Lokalitäten, Reimersbrücke 5, nach der
Badestrasse 32/34 u. Alsterufer
mit Eingang von der Badestraße 32, verlegt.
Hamburg, den 18. August 1921.
Königl. Dänisches Generalkonsulat.

Det Kongelige danske Generalkonsulat er fra og med Mandag den 22. ds. flyttet fra de hidtidige Lokale Reimersbrücke 5 til
Badestrasse 32/34 z Alsterufer
med Indgang fra Badestrasse 32.
Hamburg, den 18. August 1921.
Kgl. dansk Generalkonsulat.

Alteisen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammerstein-damm 80. Alster 1560

Klappf. m. Verd. u. Kbwg. Diederichstr. 3, I., Wbd.

Wir empfehlen:
Der wahre Jacob 60 ₰
Die Gleichheit . . 55 ₰
Buchhandl. Auer & Co.
Hamb. 36, Fehlandstr. 11.